



Die Küste sagt Nein zum Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung

►► **Annahme verweigert!**



►► **Protest vor Ort**



**Mit einem Sparpaket** will die Bundesregierung ihren Haushalt in Ordnung bringen. Zahlen müssen vor allem die Schwächsten der Gesellschaft: Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger. Auch bei Familien soll gespart werden. Besserverdienende und Vermögende werden dagegen verschont. Die Verursacher der Krise – Bankmanager und Finanzspekulant – machen munter weiter. Deshalb sagen wir: Nein Danke, wir lehnen das Sparpaket ab. Es ist unausgewogen, unfair und ungerecht. Wir schicken es an den Absender zurück: Annahme verweigert!

**D**as Sparpaket soll den Etat der Bundesregierung bis 2014 um insgesamt 82 Milliarden Euro entlasten, die Bürgerinnen und Bürger sollen ab 2011 zusätzliche Lasten schultern. Knapp zwei Drittel sollen durch Kürzungen herkommen, das restliche Drittel durch Steuererhöhungen. Hohe Einkommen und große Vermögen werden nicht belastet, bei den Schwächsten der Gesellschaft will sich die Regierung über 30 Milliarden Euro holen.

Die Kürzungen der Sozialausgaben sind der mit Abstand dickste Brocken im Sparpaket. Das ist nicht nur ungerecht, es bremst auch die wirtschaftliche Erholung.

Wer bei Arbeitslosen und Familien spart, würgt den Konsum und damit die Konjunktur ab.

Wir fordern: Bittet die Verursacher der Krise zur Kasse! Die bisher geplante Beteiligung des Bankensektors – ab 2012 jährlich zwei Milliarden Euro – macht gerade mal sieben Prozent des Sparpakets aus.

Dabei wurden die Banken mit 30 Mrd. Steuergeldern gestützt, hinzu kamen 152 Mrd. an öffentlichen Garantien. Die Bankenabgabe ist dabei keineswegs sicher. Ob sie kommt, steht in den Sternen. **Im Unterschied zu den Sozialkürzungen – die hat Schwarz-Gelb schon fest verabredet – das machen wir aber nicht mit!**

**Kiel im September: Tausende protestieren gegen das Sparpaket der Landesregierung. Weitere Proteste im Norden** ►► 29.9. Aktionstag in Bremen ►► 30.9. »Gerecht geht anders«, Menschenkette in Hamburg ►► 7.10. Tag gegen prekäre Beschäftigung: Aktionen in vielen Orten und Betrieben, u.a. Sklavenermärsch in Flensburg ►► 10.10. »Krach schlagen statt Kohldampfschieben«: Bundesweite Demonstration der Erwerbsloseninitiativen in Oldenburg ►► 27.10. Aktionstag gegen Rente mit 67, Bremen ►► ab 30.10. Aktion Rettungsboot, u.a. in Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Stralsund, Unterelbe und Wolgast ►► 30.10. Kundgebung und Barkassenfahrt in Hamburg ►► 5.11. Kundgebung in Bremerhaven ►► 6.11. Großkundgebung in Hannover, u.a. mit DGB-Chef Michael Sommer ►► 10.11. Autokorso und Kundgebungen, Unterelbe ►► 11.11. Karneval für ein Gutes Leben, Flensburg ►► 18.11. Proteste gegen das Sparpaket der Landesregierung, Kiel

Alle weiteren Veranstaltungen:  
[www.igmetall-kueste.de](http://www.igmetall-kueste.de)

»Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.« Das wollen uns Angela Merkel, Guido Westerwelle & Co glauben machen. Auch Landespolitiker in Hamburg, Kiel und anderswo im Norden tun so, als wären die Löcher in den öffentlichen Haushalten durch üppige staatliche Wohltaten entstanden. Wer hat hier über seine Verhältnisse gelebt? Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf jeden Fall nicht – ganz im Gegenteil: Wir haben schon einmal für die Krise gezahlt. In der Kurzarbeit verzichteten Zehntausende auf einen Teil ihres Einkommens. Einige verloren auch ihren Job. Jetzt sollen die Schwächeren in der Gesellschaft erneut zur Kasse gebeten werden, die Krisenverursacher bleiben dagegen ungeschoren.

ren. Deshalb sagt die IG Metall: Wir brauchen einen Kurswechsel – für eine gerechtere Politik. Deshalb mischen wir uns ein!

►► **Statt die Lasten einseitig auf die Schultern der Schwachen zu legen, müssen die Krisenverursacher zur Kasse gebeten werden.**

Jutta Blankau,  
Bezirksleiterin IG Metall Küste

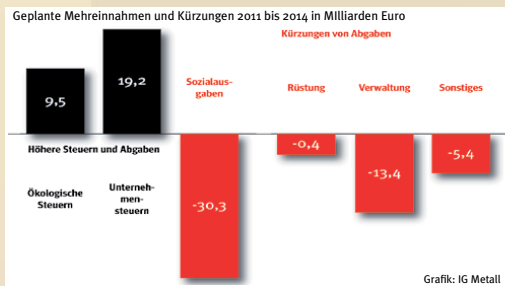
**Wir fordern:**

- **Statt die Lasten einseitig auf die Schultern der Schwachen zu legen, müssen die Krisenverursacher zur Kasse gebeten werden.**
- **Statt der Jugend immer weniger Perspektiven zu bieten, müssen Bildung, Ausbildung und Übernahme verbessert und prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit verhindert werden. Dafür werden wir uns auch in den Tarifverhandlungen zu Ausbildung und Übernahme am 1. November in Bremen einsetzen.**

- **Statt die Bürger durch eine Kopfpauschale noch mehr zu belasten, muss die Sozialversicherung auch in Zukunft paritätisch finanziert und gestärkt werden.**
- **Und statt die Menschen durch die Rente mit 67 in die Altersarmut zu treiben, brauchen wir Arbeitsbedingungen, die ein Arbeiten bis zur Rente überhaupt erst möglich machen.**

**Die Kürzungsliste: Gestrichen wird vor allem bei Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern**

- Aus Pflichtleistungen für Arbeitslose werden Ermessensleistungen (16 Mrd. €).
- Der Rentenbeitrag für Hartz-IV-Empfänger wird gestrichen (7,2 Mrd. €).
- Der Zuschlag für den Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II wird abgeschafft (800 Mio. €).
- Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger entfällt (1,6 Mrd. €).
- Das Elterngeld für ehemals Beschäftigte wird reduziert (800 Mio. €).
- Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird gestrichen.



**KEIN AUSSTIEG VOM AUSSTIEG** Die IG Metall bleibt dabei: Der Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht rückgängig gemacht werden. Wir sind gegen eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und setzen stattdessen auf alternative Energien.

Das wurde auf dem Gewerkschaftstag 2007 auch so beschlossen. Die Energiekonzerne sichern sich Milliardengewinne und die Bundesregierung macht nichts anderes als Lobbyarbeit für die Konzerne. Klar ist aber auch, der Atomausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die Kolleginnen und Kollegen in den Atomkraftwerken brauchen eine Perspektive – etwa im Rückbau der Kernkraftwerke oder der Entsorgung des nuklearen Abfalls. Die IG Metall wird auch für alternative Arbeitsplätze und sozialverträgliche Lösungen bei der Sicherung von Beschäftigung und Tarifbindung streiten.

**Beitrittserklärung**

Name  Vorname  Geburtsdatum  Geschlecht M/W

Land  PLZ  Wohnort  Telefon

Straße  Hausnummer  E-Mail

beschäftigt bei  Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium  Vollzeit  Teilzeit

Bruttoeinkommen in Euro  Bankleitzahl  Bank/ Zweigstelle  Konto-Nummer

Beitrag  Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in  Eintritt ab

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

**Einzugsermächtigung:**  
Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift

**Mitglied in der IG Metall: Das lohnt sich!**

Nur IG Metall-Mitglieder haben Anspruch auf gewerkschaftliche Beratung und Vertretung. Einen einklagbaren Rechtsanspruch auf die in den IG Metall-Tarifverträgen vereinbarten Leistungen haben natürlich auch nur die Mitglieder der IG Metall. Als IG Metall-Mitglied ist man immer auf der sicheren Seite.

Impressum: IG Metall Bezirk Küste, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, bezirk.kueste@igmetall.de, Verantwortlich (i.S.d.P.): Jutta Blankau, Bezirksleiterin, Redaktion: Heiko Messerschmidt, Titelfoto/Gestaltung/Druck: Peter Bisping, Drucktechnik weitere Fotos: Gisela Griese (S. 1), Gesa Becher (S. 2)



Bezirk Küste